



BEBAUUNGSPLAN: "ERWEITERUNG AUF DER ACHT"

der
Ortsgemeinde Mittelreidenbach

in der
Verbandsgemeinde Herrstein

im
Kreis Birkenfeld

BEGRÜNDUNG

1. Allgemeines
2. Erforderlichkeit des Bebauungsplanes; Sinne und Zwecke der Planung
3. Begründung der wichtigsten Festsetzungen
4. Maßnahmen zur Verwirklichung des Baugebietes
5. Erschließung des Gebietes
 - 5.1 Verkehrsanlagen
 - 5.2 Abwasserbeseitigung, Niederschlagswasserbewirtschaftung
 - 5.3 Wasserversorgung
 - 5.4 Stromversorgung
6. Überschlägliche Erschließungskosten
7. Berücksichtigung umweltschützender Belange in der Bauleitplanung



ORTSGEMEINDE
MITTELREIDENBACH

Herdi Luappat



1. Allgemeines

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Mittelreidenbach hat am 19.04.1999 die Aufstellung eines Bebauungsplanes „Erweiterung Auf der Acht“ zur Deckung des künftigen Baulandbedarfes beschlossen. Das Baugebiet befindet sich am nordwestlichen Ortsrand im Anschluss an das bereits bestehende Bebauungsgebiet „Auf der Acht“. Die verkehrsmäßige Anbindung erfolgt über zwei Gemeindestraßen „Ringstraße“ bzw. „Eckwiesstraße“.

Mit der Planung und Durchführung des Verfahrens wurde das Ingenieurbüro Günter Retzler, Idar-Oberstein beauftragt. Den landespflegerischen Planungsbeitrag gemäß § 17 des Landespflegegesetzes erarbeitete das Landschaftsplanungsbüro Arbeitsgemeinschaft Städtebau, Birkenfeld. Das vom Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasste Gebiet ist rund 2,83 ha groß.

Davon entfallen auf

- | | |
|-------------------------------|-----------------------|
| - Baugrundstücke | 20.456 m ² |
| - Öffentliche Verkehrsflächen | 2.404 m ² |
| - Öffentliche Grünflächen | 5.456 m ² |

Das Baugebiet wurde so konzipiert, dass eine Unterteilung in mehrere Bauabschnitte vorgenommen werden kann.

Die vom Bebauungsplan umfasste Fläche ist bis auf einen geringen Teil im südwestlichen Bereich des Plangebietes im fortgeschriebenen wirksamen Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Herrstein als Wohnbaufläche ausgewiesen. Der nicht als Wohnbaufläche gekennzeichnete Bereich ist im Flächennutzungsplan zwar als landwirtschaftliche Fläche dargestellt, jedoch geht die Ortsgemeinde Mittelreidenbach auch bezüglich dieses Bereiches davon aus, dass dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 Abs. 2 des Baugesetzbuches entsprochen wird. Nach der Rechtsprechung ist das Entwicklungsgebot auch dann noch beachtet, wenn die Darstellungen des Flächennutzungsplanes nicht vollständig übernommen werden, von dessen Grundkonzeption jedoch nicht

5c

abgewichen wird. Hier wird der Gemeinde ein Ermessensspielraum im gewissen Umfang eingeräumt.

Die Ortsgemeinde Mittelreidenbach hat bei der Aufstellung des Bebauungsplanes die Grundkonzeption des Flächennutzungsplanes beachtet; es handelt sich lediglich um eine konkretere Ausgestaltung der Flächennutzungsplanung, die auch unter dem Gesichtspunkt einer sinnvollen Abrundung des Ortsbildes zu vertreten ist.

Damit ist der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan im Sinne des § 8 Baugesetzbuch (BauGB) entwickelt. Es ist vorgesehen, bei einer künftigen Änderung des Flächennutzungsplanes den bisher nicht als Wohnbaufläche dargestellten Bereich ebenfalls als Wohnbaufläche auszuweisen.

2. Erforderlichkeit des Bebauungsplanes; Sinne und Zwecke der Planung

Die Ortsgemeinde Mittelreidenbach will durch die Aufstellung des Bebauungsplanes „Erweiterung Auf der Acht“ die notwendigen Voraussetzungen zur Deckung des weiteren Wohnbaulandbedarfes schaffen.

Da in den letzten Jahren eine Vielzahl von Wohngebäuden in Mittelreidenbach errichtet wurden, weist die Ortsgemeinde innerhalb der Altortslage nur geringe Baulücken auf, die sich fast ausschließlich in Privatbesitz befinden; auch das bisherige Neubaugebiet „Auf der Acht“ ist zwischenzeitlich erschöpft. Eine Wohnbebauung ist in Mittelreidenbach durch die ruhige aber dennoch verkehrsgünstige und zentrale Lage mit unmittelbarem Anschluss an die Bundesstraßen 41 und 270 sowie dem Bahnhof Fischbach/Weierbach (Bahnlinie Saarbrücken – Frankfurt/Main) sehr attraktiv. Dem will die Ortsgemeinde durch die neue Planung Rechnung tragen.

Die Planung erfolgt zur kontinuierlichen Weiterentwicklung des Ortes und zur Deckung des Baulandbedarfs aus der eigenen Bevölkerung. Insoweit ist die Bauleitplanung im Sinne von § 1 Abs. 2 Baugesetzbuch für die städtebauliche Entwicklung erforderlich.

59

3. Begründung der wichtigsten Festsetzungen

Das Gebiet wird als „Allgemeines Wohngebiet -WA-“ ausgewiesen. Damit wird dem Bedarf an Wohnbauflächen Rechnung getragen. Sonstige Nutzungen sind im Rahmen der Baunutzungsverordnung zulässig, soweit dadurch die Hauptnutzung „Wohnen“ nicht gestört wird (z.B. nicht störende Handwerks- und Gewerbebetriebe). Gartenbaubetriebe und Tankstellen sind ausgeschlossen, weil solche Nutzungen in dem Bebauungsplangebiet unrealistisch sind und außerdem erheblich störend wirken.

Da das Baugebiet, einsehbar von der Bundesstraße 270, an exponierter Stelle am nördlichen Ortsrand der Gemeinde liegt und somit eine visuelle Arrondierung der Ortslage darstellt, hat sich die Gemeinde zur Einbindung in das Landschaftsbild, und um einen entsprechenden Wohncharakter zu erzeugen, beim Maß der baulichen Nutzung auf zwei Vollgeschosse beschränkt und damit auch der bisherigen, ortsüblichen Bebauung Rechnung getragen.

Bei den Festsetzungen der Grund- bzw. Geschossflächenzahl ist die Ortsgemeinde unter den laut Baunutzungsverordnung zulässigen Obergrenzen geblieben und damit der Empfehlung des landespflegerischen Planungsbeitrags gefolgt, Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Damit wurde auch den Forderungen des § 1a Abs. 1 Baugesetzbuch entsprochen.

Zur höhenmäßigen Beschränkung und Einbindung in das Landschaftsbild wurde zusätzlich eine Traufpunkthöhe festgesetzt.

Verschiedene bauordnungsrechtliche Festsetzungen befassen sich mit der äußeren Gestaltung der Gebäude und Grundstücke, vor allem auch im Hinblick auf die Dach- und Fassadengestaltung. Auch dies soll der harmonischen Einbindung in das Orts- und Landschaftsbild dienen. Ansonsten war es Absicht der Ortsgemeinde, den künftigen Bauherrn bei der Gestaltung ihrer Bauvorhaben einen möglichst großen Spielraum einzuräumen.

Verschiedene landespflegerische Festsetzungen waren jedoch notwendig, um die umweltschützenden Belange in der Abwägung ausreichend zu berücksichtigen. Dies betrifft z.B. die Nutzung und Bepflanzung der nicht überbauten privaten Grundstücksflächen bzw. die wasserdurchlässige Gestaltung von Zufahrten, Kfz-Stellplätzen, Terrassen etc..

Zu den landespflegerischen Festsetzungen wird auch auf das gesonderte Kapitel in dieser Begründung verwiesen.

4. Maßnahmen zur Verwirklichung des Baugebietes

Das Baugebiet wurde so konzipiert, dass eine Unterteilung in mehrere Bauabschnitte je nach Bedarf und Nachfrage vorgenommen werden kann. Die Ortsgemeinde ist daran interessiert, die Grundstücke anzukaufen, damit die Baugrundstücke im eigenen Besitz sind und eine zügige Bebauung gewährleistet werden kann. Sofern Eigentümer von Grundstücken im Baugebiet Baugrundstücke behalten möchten, kann dies auf der Grundlage einer entsprechenden notariellen Vereinbarung geregelt werden. Eine gesetzliche Baulandumlegung ist seitens der Ortsgemeinde nur dann vorgesehen, wenn freiwillige Grundstücksregelungen nicht zustande kommen.

5. Erschließung des Gebietes

5.1 Verkehrsanlagen

Die verkehrsmäßige Erschließung des Plangebietes erfolgt durch eine 5,50 m breite (untere Zufahrt) bzw. 6,00 m breite (obere Zufahrt) Verkehrsanlage, welche an die Gemeindestraßen „Ringstraße“ und „Eckwiesstraße“ angebunden und mittig durch eine Wendekreis unterbrochen wird. Westlich der Hauptverkehrsanlage gehen zwei Seitenäste ab, die an ihren Enden jeweils einen größtmäßig so gewählten Wendehammer erhalten, dass das Befahren mit 3-achsigen Lastkraftwagen problemlos möglich ist.

5

Es wird keine höhenmäßig abgesetzte Trennung zwischen dem Fahrbahn- und Gehwegbereich erfolgen, so dass die Gesamtbreiten der Straßen als gemischtgenutzte Verkehrsflächen (Aufteilung in Geh- und Fahrbereich) dienen. Die weiteren Einzelheiten bleiben der Erschließungsplanung vorbehalten.

5.2 Abwasserbeseitigung, Niederschlagswasserbewirtschaftung

Im Baugebiet ist die Planung eines Trennsystems zur Ableitung von Schmutz- und Oberflächenwasser notwendig. Das Schmutzwasser wird in einer separaten Leitung gesammelt, an das bestehende Kanalsystem in der Ringstraße angeschlossen und so der zentralen Kläranlage der Stadt Idar-Oberstein im Stadtteil Weierbach zur Reinigung zugeführt.

Zur Niederschlagswasserbewirtschaftung gilt auch hier zunächst der Grundsatz, dass Niederschlagswasser soweit wie möglich auf den privaten Grundstücken zurückzuhalten, zu versickern bzw. zu verwerten ist. Damit soll die Neubildung des Grundwassers gefördert werden und es soll vermieden werden, dass unverschmutztes Niederschlagswasser die Reinigungsleistung der Kläranlage und die Leitungsnetze belastet. Aufgrund der geologischen Verhältnisse kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Versickerung nur in sehr beschränktem Umfang möglich ist und eine vollständige Rückhaltung auf den Grundstücken deshalb ausscheidet. Daher ist es notwendig, zusätzliche Ableitungsmöglichkeiten für das überschüssige Regenwasser zu schaffen.

Hierzu sind am nordwestlichen und südöstlichen Rand des Gebietes offene Gräben bzw. Mulden vorgesehen, die das anfallende Regen- bzw. Oberflächenwasser zeitversetzt dem Vorfluter „Reidenbach“ zuführen. Weiterhin wird aus verschiedenen Teilbereichen, die im Entwässerungskonzept gekennzeichnet sind, das überwiegend aus den öffentlichen Verkehrsflächen anfallende Überlaufwasser mittels einer niedrig verlegten Rohrleitung innerhalb des Straßenkörpers den seitlichen Entwässerungsgräben zugeführt. Bezüglich der Außengebietsentwässerung ist vorgesehen, die im südwestlichen Bereich des Pangebietes ankommenden großen Wassermassen, die zur Zeit ungeordnet über die vorhandenen Ackerflächen laufen und durch einen

Straßendurchlass den vorhandenen Gräben zugeführt werden im Wege der Realisierung des Baugebietes durch einen rückwärtig der Baugrundstücke gelegenen Auffanggraben zu sammeln und den beiden Gräben im östlichen und westlichen Rand des Baugebietes zuzuführen.

Das vorbeschriebene Entwässerungssystem wurde im Vorfeld bereits mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz in Koblenz abgestimmt. Die Ortsgemeinde geht davon aus, dass damit die wasserwirtschaftlichen Belange berücksichtigt wurden.

5.3 Wasserversorgung

Die Wasserversorgung kann im Wege einer Erweiterung des bestehenden Ortsnetzes durch die Verbandsgemeindewerke Herrstein sichergestellt werden. Für einen eventuellen ersten Bauabschnitt kann der Versorgungsast innerhalb der Anbindung von der „Ringstraße“ verlängert werden. Nach Abschluss des letzten Bauabschnittes wird die Wasserversorgung als Ringleitung ausgebildet sein, was sich auf die Druckverhältnisse positiv auswirken wird.

5.4 Stromversorgung

Die Stromversorgung wird durch die OIE AG, Idar-Oberstein mit Ausbau des Erdkabelnetzes ab der Transformatorstation „Langwiesstraße“ sichergestellt.

6. Überschlägliche Erschließungskosten

6.1 Baunebenkosten

BPL komplett	=	25.000,-
Ingenieurleistung Erschließung	=	65.000,-
Vermessung u. Behördenkosten komplett	=	10.000,-

	=	90.000,-
		=====

5/2

6.2 Straßen / Geh- und Fahrwege

Erschließungsstraßen inkl. Gehbereiche, Geh- u. Fahrweg,

Straßenbeleuchtung

Str. A, B = 6,00 m 165 m x 1100,- DM/m = 181.500,-

Str. B, B = 5,50 m 85 m x 1000,- DM/m = 85.000,-

Wendeanlage, Zulage = 15.000,-

Str. C, B = 4,50 m 35 m x 800,- DM/m = 28.000,-

Str. D, B = 5,50 m 85 m x 1000,- DM/m = 85.000,-

Rückbau des vorh. Wirtschaftsweges = 15.500,-

= 410.000,-

=====

6.3 Bepflanzung, Landespflege

Begrünung, Grünflächenanlage, Anpflanzung von Hochstämmen

einschließlich Geltungsbereich B

Geltungsbereich A = 35.000,-

Geltungsbereich B = 30.000,-

= 65.000,-

=====

6.4 Kanalisation, Trennsystem

SW-Kanal DN 200 inkl. HA 380 m x 400 DM/m = 152.000,-

RW-Kanal 330 m x 380 DM/m = 125.400,-

= 277.400,-

=====

6.5 Naturnahe Regenwasserentsorgung

Muldenausbildung 250 m x 200 DM/m = 50.000,-

Sonstige Anlagen , pauschal = 20.000,-

= 70.000,-

=====

6.6 Wasserversorgung

Versorgungsleitungen NW 100 innerhalb der Straßen inkl. Hausanschluß	
370 m x 300 DM/m	= 111.000,-
	=====

6.7 Außengebietsentwässerung

Grabenprofilierung, Neuanlegung, inkl. Naturnaher Anlagen, Renaturierung, neuer Durchlass, etc.	
200 m x 60 DM/m	= 12.000,-
OFW-Kanal 50 m x 300,- DM/m	= 15.000,-
sonstiges, pauschal	= 3.000,-

	= 30.000,-
	=====
 Gesamtkosten inkl. Planung, Bauleitung, brutto	 = 1.053.400,-
	=====

7. Berücksichtigung umweltschützender Belange in der Bauleitplanung

Nach § 1a Baugesetzbuch sind in der Abwägung auch umweltschützende Belange ausreichend zu berücksichtigen. Um für diese Abwägung eine fachliche Grundlage zu haben, hat die Ortsgemeinde das Landschaftsplanungsbüro Arbeitsgemeinschaft Städtebau, Birkenfeld mit der Erarbeitung eines landespflegerischen Planungsbeitrages beauftragt.

Rechtliche Grundlage des Vollzugs der Eingriffsregelung ist die rahmengesetzliche Regelung der §§ 8 und 8a des Bundesnaturschutzgesetzes sowie die landesgesetzlichen Regelungen der §§ 4 und 6 des Landespflegegesetzes. Nach § 17 Landespflegegesetz sind die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Bebauungsplan festzusetzen.

7

Das Fachbüro hat zusammenfassend festgestellt, dass das Plangebiet landwirtschaftlich genutzte Freiflächen und Obstwiesen mit mittlerer und hoher Bedeutung für den Natur- und Landschaftshaushalt enthält, so dass von einem Ausgleich in allen Potentialen auszugehen ist. Die erforderlichen landespflegerischen Maßnahmen sind allerdings nicht innerhalb des Geltungsbereichs des Baugebietes ausgleichbar, so dass externe Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden müssen.

Eine Bilanzierung der Eingriffsflächen und der erforderlichen Ersatzflächen ergab ein Kompensationsverhältnis von 1 : 2,5, was bedeutet, dass noch ca. 18.500 m² an externen Ausgleichsmaßnahmen zu treffen sind.

Im Einzelnen hat das Büro ARGE Städtebau insbesondere folgende Konflikte festgestellt:

Konflikt Boden und Relief:

Es ist mit Bodenverdichtungen im gesamten Baustellenbereich einschließlich Lagerflächen zu rechnen, die zu einer Verschlechterung der Funktionsfähigkeit des Bodens durch Verminderung des Grobporenvolumens, einer Behinderung der Durchlüftung und Verminderung der Wasseraufnahme und -leitfähigkeit führen. Oberbodenbewegungen mit Auf- und Abtrag führen auf der Baufläche zur Zerstörung des natürlich gewachsenen Bodengefüges, zur Veränderung der Bodenstabilität, der Durchlüftung, der Versickerungs- und Filtereigenschaften. Dauerhafte Flächenversiegelung durch Gebäude und Nebenanlagen hat einen Verlust von natürlich gewachsenem Oberboden mit allen seinen Regelungs-, Lebensraum- und Produktionsfunktionen (einschließlich Veränderungen des Wasserhaushaltes und des Mikroklimas) zur Folge. Die Bodenmodellierung des Geländes führt zur Verschlechterung der Funktionsfähigkeit des Bodens sowie zur Veränderung der landschaftstypischen Oberflächenform.

Konflikt Klima und Luft:

Schadstoffemissionen durch Baufahrzeuge und Baubetrieb führen zu zeitlich begrenzten Belastungen der Lufthygiene. Die Baukörper besitzen eine höhere Wärmeabstrahlung als die vorhandenen Freiflächen, so dass das Gebiet stärker erwärmt wird als bisher und sich die Temperaturextreme verschärfen (höhere sommerliche und Tages-Temperaturspitzen). Eine höhere Wärmebelastung und Verschärfung der Luftfeuchteverhältnisse bewirken bioklimatische Effekte, die die Thermoregulation des menschlichen Organismus negativ beeinflussen. Der Verlust von Versickerungsflächen in Verbindung mit dem Abführen von Oberflächenwässern bewirkt generell ein merkliches Absinken der Luftfeuchtigkeit, insbesondere in Trockenwetterperioden, kann aber auch bei Starkregen nach längeren Trockenphasen oder Dauerregen zu extrem hoher Luftfeuchte führen. Zudem beschneidet die Bebauung Kaltluftentstehungs- und -abflussflächen.

Konflikt Grund- und Oberflächenwasser:

Mit der Versiegelung von Flächen sind Veränderungen des Wasserhaushaltes verbunden. Auf befestigten Flächen auftreffendes Niederschlagswasser wird in der Regel als Oberflächenwasser in die Kanalisation abgeführt und somit dem Wasserkreislauf im Gebiet entzogen. Die Folgen im Gebiet selbst sind verminderte Grundwasserneubildung und eine verminderte mittlere Verdunstungsrate. Kurzfristig kann die Verdunstungsrate jedoch stark erhöht sein, und zwar dann, wenn Niederschläge auf stark erwärmte Bauflächen auftreten. Indirekte Auswirkungen ergeben sich auf die Vorfluter, in die das Oberflächenwasser eingeleitet wird. Die Einleitungen können zur Verschärfung des Hochwasserabflusses führen.

52

Konflikt Grund- und Oberflächenwasser:

Die geplante Bebauung betrifft Flächen mit einer mittleren aber auch mit einer hohen Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Insofern sind die zu erwartenden Beeinträchtigungen für Flora und Fauna als mittel bis hoch einzustufen.

Neben einem Verlust von Biotoptypen kommt es auch zu einer Beeinträchtigung von für den Natur- und Landschaftshaushalt wichtigen Funktionen. So können Biotopvernetzungen durch die Bebauung unterbrochen bzw. gestört werden. Dadurch kommt es zu Beeinträchtigungen zwischen Lebensräumen. Geräuschemissionen können angrenzende Teilbereiche beeinträchtigen. Viele wild lebende Tierarten fühlen sich durch Lärmimmissionen, ungewohnte Geräusche und durch menschliche Aktivitäten, wie sie vom Baustellenbetrieb ausgehen, gestört. Sie reagieren durch Flucht, Rückzug in ungestörte Bereiche oder Aufgabe ihrer Brut.

Staubablagerungen auf der Vegetation können die Sonnenbestrahlung reduzieren und setzen dadurch auch die Fotosyntheseleistung der Pflanzen herab. Staubbelastungen sind für angrenzende Teilflächen zu erwarten. Diese Belastungen sind jedoch auf die Zeit der Bauphase begrenzt.

Bestimmte Biotoptypen können durch Befahren mit Baufahrzeugen zerstört bzw. beschädigt werden. Beeinträchtigend wirken dann Bodenverdichtungen und Einwanderung von Störzeigern, die das typische Artenspektrum verändern.

Konflikt Landschaftsbild und Erholungspotenzial:

Die Errichtung von Gebäuden im Hangbereich einerseits sowie auf für den Dorfrandbereich typischen Wiesen bringt Konflikte insbesondere im Bereich der Erholungsvorsorge mit sich. Durch den Bau der Wohnhäuser und Nebenanlagen wird das Landschaftsbild visuell überprägt und beeinträchtigt. Die durch ein durchschnittliches Erholungspotenzial gekennzeichneten Flächen werden beeinträchtigt bzw. in Teilbereichen zerstört.

Berücksichtigung umweltschützender Belange in der Abwägung gemäß § 1a BauGB:

Trotz der laut landespflegerischem Planungsbeitrag zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft und den formulierten landespflegerischen Zielvorstellungen für das Plangebiet hat der Gemeinderat nach sorgfältiger Abwägung entschieden, an der Planung zur Ausweisung des Baugebietes festzuhalten. Der Gemeinderat gibt insofern der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Ortes und der Notwendigkeit, den Bedarf auch aus der eigenen Bevölkerung decken zu können, den Vorrang.

Im Übrigen hat die Ortsgemeinde jedoch umweltschützende Belange in der Abwägung ausreichend durch entsprechende landespflegerische Festsetzungen berücksichtigt und ist den Kompensationsvorschlägen des Fachbüros vollständig gefolgt.

So wurde die nach der Baunutzungsverordnung zulässige Grundflächenzahl nicht voll ausgeschöpft und damit die Versiegelungsrate reduziert. Bei der Anlegung von Zufahrten, Stellplätzen etc. darf ebenfalls keine vollkommene Versiegelung erfolgen, sondern es sind wasserdurchlässige Materialien zu verwenden. Der Bebauungsplan enthält eine Reihe weiterer landespflegerischer Festsetzungen, sowohl für die privaten Grundstücke als auch im öffentlichen Bereich.

Einen wesentlichen Beitrag zur Kompensation der Eingriffe leistet die Ortsgemeinde darüber hinaus durch Festsetzung einer externen Ausgleichsmaßnahme auf den Flurstücken Gemarkung Mittelreidenbach Flur 7, Flurstück 1010/1 und Flur 9, Flurstück 29. Diese, derzeit intensiv als Acker genutzte Flächen, sollen in eine blütenreiche, extensiv genutzte Streuobstwiese umgewandelt und mit 20 Hochstamm-Obstbäumen oder Wildobst bepflanzt werden. Durch diese Maßnahme wird die ökologische Wertigkeit hinsichtlich der Bedeutung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Schutz der Bodenfunktion und Erhöhung der Wasserrückhaltefunktion erheblich verbessert.

Sm

Der Gemeinderat kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass durch die landespflegerischen Festsetzungen im Bebauungsplan die umweltrelevanten Belange im Sinne von § 1a Baugesetzbuch ausreichend in der Abwägung berücksichtigt wurden.

Mittelreidenbach, 01.02. 2001

ORTSGEMEINDE MITTELREIDENBACH
ORTSBÜRGERMEISTERIN

Hedi Leypert

